

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

11.7.1923 (No. 156)



# Badischer Beobachter

Wegpreis monatlich  
Inhaltsverzeichnis durch Träger Nr. 17500,  
(b. d. Abholstellen i. Karlsruhe Nr. 16500)  
auswärts (Deutschland) durch die  
Post Nr. 17500. — Ausland durch Post  
oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis  
betragt jeder Ausgabe beträgt  
Mk. 800.—

Anzeigenpreis:  
1 halbe, 1 mm hoch, 400.— Mk.  
im Resten 1000.— Mk. angezeig-  
te sind im Voraus zu bezahlen. Bei  
Wiederholung ermäßigt, der bei  
großzügiger Berechnung und bei  
Kontorentscheid.

Verleger: Geschäftsstelle 535.

Verlegerin und Herausgeberin: M. G. „Badenia“ (Wilhelm Schner, Direktor),  
Notationsdruck der „Badenia“ M. G. Karlsruhe, Adlerstraße 42.  
Druckadresse: Beobachter, Postfachamt Amt Karlsruhe 4814.

Erscheint wöchentlich einmal täglich. — Redaktionen: „Blätter für den Journalismus“  
und „Frauenwortschau“. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch  
auf Vorkauf der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Satzung der Anzeigen- und Abrechnung: Nummer 148 10/23.

Hauptredaktion: J. Th. Meyer, Verantwortlich für badische, Reichs- und aus-  
wärtige Politik: J. Th. Meyer; für das Reich: Th. Wirth; für den Nachrichten-  
dienst, Handelsteil und den abendlichen redaktionellen Teil: J. Th. Meyer, für die  
Anzeigen: J. W. Müller, sämtlich in Karlsruhe.

## Vom Tage.

Wie die Interalliierte Rheinlandskommission mit-  
teilt, wird die Verkehrsperre mit dem Ablauf von  
14 Tagen dauernd ihr Ende erreichen, sodas von  
diesem Zeitpunkt ab die Bestimmungen wie vor  
dem Eintritt der Sperre gelten.

Nunmehr arbeiten deutsche und belgische Behörden  
in der Untersuchung der Duisburger Explosions-  
affäre zusammen, worauf mehrere Verhaftungen  
von Verdächtigen zurückzuführen sind.  
Einer der Attentäter auf die sozialdemokratische  
Druckerei in Münster ist verhaftet worden; die Spur  
zweiter weiterer Täter führt nach Süddeutschland  
und ins besetzte Gebiet.

Die bayerische Regierung trifft Maßnahmen zur  
Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während  
des 13. Turmfestes in München.

Im Berliner Einzelhandel wurde erstmals der  
wertbeständige Lohn tariflich eingeführt.

Im Berliner Metallarbeiterstreik ist eine Einigung  
erzielt worden.

Nach Beschlüssen des englischen Kabinetts  
scheint die englische Regierung vor dem Entschluß zu  
einem Sondervergehen in der Reparations- und  
Musterfrage zu stehen.

In der Pariser Presse herrscht große Entrüstung  
über den Orient-Friedensvertrag von Lausanne; ein  
Blatt nennt ihn den Selbstmord Frankreichs. In  
England dagegen herrscht Genugtuung über diesen  
Orientfrieden.

An der französischen Kammer wurde gestern die  
Petroleumpolitik besprochen; es müsse Vorzüge ge-  
troffen werden gegen die ungeheuren Petroleum-  
erträge Englands und Amerikas, die sich eines Tages  
zu einem mächtvollen Bündnis gegen Frankreich zu-  
sammenschließen könnten.

Der scheidende italienische Ministerpräsident Dr.  
Luca di Salaparuta ist in Paris eingetroffen und hatte Bespre-  
chungen mit Poincaré und De la Rocca.

Die italienischen Besatzungstruppen um Fiume  
sind vertrieben worden und in Marzabottino.

## Pius XI. und Poincaré.

In der von der Pariser Abgeordneten Marc  
Gauguin herausgegebenen Zeitschrift „Republique“ vom  
29. 6. 23) schreibt Georges Hoog zum Papst-  
brief u. a.:

„Wie erschütternd wirkt in dieser Katastroph-  
geschwängerten Zeit der Not und Sittlichkeit das Papst-  
wort, der aufs Neue die Regierenden bittet, die Probleme des  
Friedens zu prüfen „mit jenem christlichen Geiste, welcher  
die Forderungen der Gerechtigkeit nicht trennt von denen  
der sozialen Liebe, auf welcher allein das vollkommene  
Wohlleben sich aufbauen läßt!“. Wenn bereits dieser  
Geist siegen wird, dann wird man endlich begreifen, daß  
die Welt nur Frieden und Ruhe finden wird in einer  
neuen internationalen Ordnung, die engültig mit den  
Methoden des falschen Friedens, des bewaffneten Fried-  
dens sowie mit den unangenehmen Gleichgewichtöver-  
schiebungen auf Grund von Bündnissen und Verträgen bricht.  
Wäge der päpstliche Ruf als gleichzeitiger Ausdruck höch-  
ster christlicher Gerechtigkeit und weltlicher Gerechtigkeit  
endlich gehört werden. Wir aber wollen auf unserm 3. In-  
ternationalen Friedenskongress in Fre-  
burg i. Br. in diesem Geiste arbeiten.“

Das klingt anders als die Advokatenkünste, mit  
denen sich Ministerpräsident Poincaré um die Stel-  
lunahme des Papstes herumgedrückt hat. Er  
meinte, politische Wirkung werde der Brief nicht  
haben, denn es handle sich bei der Ruhrpolitik nicht  
um religiöse bezw. kirchliche Fragen, bezüglich der  
dem Papst eine Autorität zukomme. Dieser  
politische Kniff steht diesem Herrn, der das moralische  
Ansehen, das Frankreich bisher noch hatte, vollends  
verwirrt, wieder gleich. Die Welt braucht keinen  
französischen Advokaten auf dem demokratischen  
Thron, um zu wissen, daß die Ruhrfrage keine  
Kirchlich religiöse ist. Gegenüber der Welt, daß  
sie nicht nur eine politische und wirtschaftliche, son-  
dern auch eine Frage der Moral und Menschlichkeit  
ist. Und außerdem gibt es viele Menschen in der  
Welt, die der Überzeugung sind, daß es ein Ver-  
brechen ist, die Zusammenhänge zwischen Politik,  
Wirtschaft und Moral zu leugnen. Dieses Ver-  
brechen macht sich die französische Politik unter der  
Führung des giftigen Haffers, Rentengeneralis  
und Beauftragten der französischen Schwerindustrie  
Poincaré schuldig. Poincaré darf sich allerdings  
dazu Glück wünschen, daß es auch in Deutschland  
Kreise gibt, die vom Papstschreiben ähnlich unange-  
nehm berührt sind, wie er. Auch deutschnationale  
Blätter üben nämlich heftige Kritik an der Stel-  
lunahme des Papstes, denn der Papst darf nach  
der Meinung aller Nationalisten, ob in Frankreich  
oder Deutschland oder sonstwo, nur so eingreifen,  
daß er als Parteimann sich zu der von den jewei-  
ligen Nationalisten vertretenen Partei schlägt.  
Einen Standpunkt, der sich auf ewige Grundzüge  
beruft und von diesen aus urteilt, wie das der Papst  
in Rom, aber bekanntlich auch der deutsche Dichter-  
fürst Schiller tut, anerkennen Nationalisten nicht.  
Bei diesen gilt nur der Standpunkt, der auch im  
Amerikaner anerkannt ist, wo man sich gegen-  
seitig bekriegt und den Kopf abbeißt.

Daß übrigens die Ruhrbeziehung nicht bloß poli-  
tisch, wirtschaftlich, moralisch, sondern auch reli-  
giös sich unangenehm anwirft, ist zwar Tatsache,  
kimmert aber den Mann, der zur Zeit in Frank-  
reich als Ministerpräsident Treiber und Getriebe-  
ner ist, weiter nicht. Die Klagen der Widöse des

besetzten Gebietes sprechen darüber deutlich genug.  
Das sittliche Bewußtsein wird durch das schlechte Bei-  
spiel der sinnlosen ungerechten Gewalt von oben in  
erschreckendem Maß verwirrt, durch eine zum Teil  
absichtlich sittenlose Soldateska immer wieder in  
schwerer Weise verleitet, die Lässigkeit der Seelherge  
vielfach verhördet oder wenigstens erschwert. Ist  
es doch a. B. anlässlich der letzten brutalen Ver-  
schiebung der Überwachungsmaßregeln im badischen  
besetzten Gebiet, Geistlichen, die sich zufällig auf-  
halb des Gebietes aufhielten, schwer geworden, wie-  
der in ihre Gemeinden zurückzuführen. Poincaré,  
hat für so etwas allerdings kein Verständnis;  
aber gerade auf diesem Gebiet liegt der Grund,  
warum die Katholiken der ganzen Welt, einschließ-  
lich der französischen, allen Anlaß haben, einmütig  
ihre Stimme zu erheben und der hofflosen Regie-  
rung der Franzosen zum Bewußtsein zu bringen,  
daß sie das sittliche Bewußtsein der Menschheit,  
insbesondere der gesamten katholischen Christenheit  
durch ihre rohe Gewaltpolitik schwer verleitet. Und  
denn hat der Papst nicht bloß als Menschenfreund  
und Förderer des Friedens, sondern auch als  
Statthalter Christi und Vertreter der religiösen  
Interessen des Christentums guten Grund, in der  
heillosen Ruhrfrage ein Wort mitzusprechen, trotz-  
dem Poincaré dem Papst die blühende Rasse  
der christlichen Gerechtigkeit aus der Hand zu win-  
den und sein Eingreifen als belanglos hinzustellen  
sucht. Wenn die französischen Katholiken katho-  
lisches Ehrgefühl und katholischen Stolz haben, dann  
werden sie Poincaré diesen elenden Versuch nicht  
verzeihen.

Nebrigens denkt man in Frankreich nicht  
daran? Vor über hundert Jahren hat auch  
einer den Papst verpörrt und seinen  
Einkauf ebenfalls für politisch belanglos erklärt  
mit dem Wort: „Der Berg des Papstes in Rom  
wird meinen Soldaten nicht die Baionette aus der  
Hand schlagen.“ Auf dem kläglichen Stückchen von  
den Eisernen Rußlands und in der Einigkeit  
der Insel St. Helena konnte Napoleon über dieses  
triviale Wort nachdenken. Poincaré hat sich jenen  
verleitetes Krivolität dem Papst gegenüber schuldig  
gemacht. Seine Politik wird und muß schließlich  
kläglich enden, nachdem sie allerdings unläuglich viel  
Glend und Not, nicht bloß für Deutschland ge-  
bracht hat. Die dümmsten Staatsmänner sind am  
Ende immer die, die ihre Politik im Widerspruch  
zur christlichen Gerechtigkeit machen, auch wenn sie  
zunächst — sogar vielbekannt — Erfolge haben.  
Doch selbst die hat Poincaré bisher nicht; hat doch  
sogar noch das belgische katholische Blatt Libre  
Belgique erklärt, die Ruhrpolitik habe alle in sie  
gesetzten Erwartungen enttäuscht.

## Die große Steuerreform!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:  
Es wird immer noch zu wenig erkannt, daß  
wir mitten in einer der gewaltigsten wirtschaftlichen  
Revolutionen stehen. Was wir jetzt namentlich  
finanziell in Staats- und Privatwirtschaft durch-  
machen, stellt uns vor unerbittliche Notwendig-  
keiten.

Zu ihnen gehört unter anderem die große  
Steuerreform. Bei der drängenden Eile,  
mit der sich dieses Problem uns darbietet, können  
wir es auf monatelange prinzipielle Auseinander-  
setzungen über das System und die Struktur un-  
serer gegenwärtigen Steuer nicht antworten lassen.  
Nur der Entschluß ist geboten und der Kern des  
Problems ist nichts anderes als die  
Wertbeständigkeit der Steuern.

In die Verbrauchssteuern haben wir jetzt  
schon einen gewissen Wertbeständigkeitsfaktor durch  
die neuen Beschlüsse des Reichstages hineingebracht.  
Es ist Vorbedingung getroffen, daß diese Steuern der  
jeweiligen Geldwertung in etwa angepaßt werden.  
Bezüglich der direkten Steuern ist zunächst in  
der Hinsicht Erhöhung der Einkommensteuern  
und in der Hinsicht Erhöhung der Körperschaftsteuer-  
Vorauszahlung der Anfang gemacht. Aber es  
werden sich noch andere, heute-vielleicht von den meisten  
noch gar nicht geahnte Eingriffe in dieser Beziehung  
kommen müssen.

Diese große Steuer- und Finanzreform hat der  
Reichsfinanzminister für den Herbst angekündigt.  
Für Einkommen- und Vermögenssteuer werden  
neue Veranlagungen erfolgen müssen und zwar wird  
es sich vor allem um eine ganz anders geartete Be-  
handlung der Bewertungsvorschriften  
handeln. Der Stichtag für die Vermögens-  
steueranlagung wird der 31. Dezember 1923 sein.  
In diesem Termin soll der tatsächliche Vermögens-  
stand sämtlicher Steuerpflichtiger ohne Ausnahme, also  
auch der bisher nicht zur Vermögenssteuer Veran-  
lagten festgelegt werden.

Das bedeutet eine radikale Umwälzung unserer  
gesamten Steuerorganisation. Die Form der An-  
passung der direkten Steuern an die jeweilige Geld-  
wertung steht zur Zeit noch nicht fest. Dieser  
Lage haben Korrespondenzen mit sachverständigen  
und wirtschaftlichen Blättern stattgefunden, die die  
Grundzüge einer neuen Steuerform feststellen. Der  
endgültige Beschluß wird dann vom Reichsabinett  
gefaßt werden. Die übrigen Besteuerungen werden  
jetzt schon den veränderten Verhältnissen angepaßt,  
insbesondere gilt das von der Besteuerer, die  
verdoppelt wird und von der Vorksteuer, die um  
ein mehrfaches erhöht und den jeweils veränderten  
Verhältnissen ganz besonders angepaßt werden

soil. Wenn auch die gegenwärtigen Vorkörperschaften,  
namentlich aus den Effektengeheimnissen zum größten  
Teil eingewonnen sind, so läßt es sich doch mit der  
Not der Gesamtheit nicht vereinbaren, daß diese  
Erträge nicht auch in entsprechender Form zum  
Nutzen des Reiches herangezogen werden müssen.

Der Reichstag ist jetzt auseinandergegangen,  
nachdem er der Reichsregierung eine Vollmacht für  
die in der Zwischenzeit notwendig werdenden Aus-  
gaben erteilt hat. In den Nachtragsätzen sind un-  
ter anderem auch 51 Milliarden für kulturelle  
Zwecke vorgezogen, von denen die Hälfte auf die  
Kirchen entfällt. Die Finanzierung des Reichs-  
haushalts erfordert gegenwärtig täglich etwa 14 Bil-  
lion, also 250 Milliarden Mark.

## Beschlüsse des englischen Kabinetts.

London, 10. Juli. Der gezeigte Kabinettsrat  
hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Da die Methode der diplomatischen  
Aussprache sich als unfruchtbar erwiesen  
hat und Frankreich zu einseitigen Erklärungen über  
seine unabänderliche Haltung übergegangen ist, ist  
die englische Regierung schon aus Rücksicht  
auf die öffentliche Meinung genötigt, eine ausfüh-  
rende Regierungserklärung über den von ihr vertre-  
tenen Standpunkt in der Reparationsfrage  
abzugeben.

2. Die äußerst beunruhigende Lage in  
Deutschland läßt es als erforderlich erscheinen,  
daß die englische Regierung unverzüglich  
auf die deutsche Regierung eine Ant-  
wort auf ihre letzte Denkschrift in der Repara-  
tionsfrage erteilt.

Baldwin an Poincaré.  
London, 10. Juli. Nach dem Sunday Times hat  
der englische Ministerpräsident Baldwin dem fran-  
zösischen Ministerpräsidenten Poincaré eine Mit-  
teilung zugehen lassen, daß der englische  
Fragebogen klar und ohne weitere  
Verzug beantwortet werden müsse.

Der englische Plan?

Paris, 10. Juli. Aus London wird gemeldet:  
Manchester Guardian legt heute den englischen  
Plan wie folgt dar: Falls die französische Regie-  
rung nicht ihre Politik ändert, würde England an  
die ganze Welt eine Erklärung richten,  
worin es seinen Standpunkt in der Frage der Re-  
parationen und der interalliierten Schul-  
den bekannt gibt. Gleichzeitig werde der Frage-  
bogen, den Baldwin an Frankreich sandte ver-  
öffentlicht werden, daß auf diesen Fragebogen keine  
Antwort eingetroffen sei. England sei infolgedessen  
genötigt, eine Separation mit  
Deutschland einzuleiten, um Deutschland vor  
dem Unglück zu retten, von dem es durch die fran-  
zösische Politik bedroht wird. Die englische Regie-  
rung würde eine Konferenz einberufen, die von  
England, den Vereinigten Staaten, Italien, den  
Neutralen und von den Ländern befaßt würde, die  
daran teilnehmen wollten, damit mit Deutsch-  
land ein Einvernehmen in der Repara-  
tionsfrage getroffen werde. Auch über die mit  
dieser Angelegenheit im Zusammenhang stehenden  
Punkten soll gesprochen werden. Deutschland  
werde natürlich auf dieser Konferenz zugegen sein.

## Sünf englische Fragepunkte.

Paris, 9. Juli. Der Matin meldet aus London, daß  
in den letzten Tagen gestern Abend das britische Kabinett  
das englische Kabinett werde die politische Lage  
nach folgenden fünf Punkten prüfen:

1. Wann und in welcher Form muß eine Antwort  
auf das deutsche Memorandum erfolgen?  
2. Welche Verfahren ist einzuschlagen, um die Zah-  
lungsfähigkeit Deutschlands auf wissen-  
schaftlichem Wege durch eine internationale Unter-  
suchungskommission festzustellen?  
3. Soll Verhandlung erwünscht werden, bei der Repara-  
tionskommission um eine offizielle Interpretation des  
§ 18, Absatz 2, des Versailler Vertrags (Reparati-  
onen) eingetommen?  
4. Soll ein internationaler Gerichtshof  
gegründet werden, den Artikel 48 des Versailler Vertrags  
auszulegen, wonach die Alliierten und Verbündeten eine  
Gesamtschuldhaftigkeit auf das Guthaben des Deutschen  
Reiches befragen?  
5. Was ist von den Verbündeten Englands zu  
fordern im Hinblick auf die Zahlung und Konsolidierung  
ihrer Schulden gegenüber dem englischen Reich?

London, 10. Juli. Im Unterhaus erwartet man  
bestimmt noch diese Woche Baldwin's Mit-  
teilungen über die internationale Situation.  
Sollten Frankreich und Belgien den diplomatischen  
Druck mit Berlin provozieren, so dürfte England  
den Völkerbund anrufen.

Die Unterredung Cursons mit dem deutschen  
Volkshafter.

London, 10. Juli. Die Daily Telegraph berichtet,  
soll Außenminister Curson in seiner letzten  
Unterredung mit dem deutschen Volkshafter Dr.  
Schauer darauf hingewiesen haben, daß die deut-  
sche Regierung auf davon läge in nicht  
mizuverstehenden Worten ihre Mißbilligung  
über jegliche Art von Sabotage auszusprechen.  
Die Unterhaltung soll in dem weiteren Verlauf  
nach englischen Angaben sich mit allen Geschäfts-  
punkten des passiven Widerstandes beschäftigt haben.

Amerikas Teilnahme an den europäischen Vorgängen.

Paris, 9. Juli. Der New York Herald erklärt, es

sei eine Irreführung von einer Fiole-  
rung Amerikas in den europäischen Angelegen-  
heiten zu reden. Seit Abschluß des Waffenstill-  
standes haben die Vereinigten Staaten mehr als  
11 Milliarden Dollar Europa zum  
Wiederaufbau, zur Unterstützung man-  
cherlei Bedürfnisse, sowie für die Quarantäne  
abgegeben. Dieser Gesamtbetrag, so schreibt das  
Blatt, sei zur Hälfte von der Regierung durch gesetz-  
liche Bestimmungen aufgebracht worden, zur anderen  
Hälfte hätten die Amerikaner ihn freiwillig gesam-  
melt. Nach der Berechnung des Blattes sei jeder  
Mann, jede Frau und jedes Kind mit ungefähr  
100 Dollars daran beteiligt.

## Ein Kommentar zu dem Schritt des Nuntius.

München, 10. Juli. Ueber das Telegramm  
des Papstes an den Münchener Nuntius teilt  
eine dem Vatikan nahestehende Persönlichkeit, um  
irrtümliche und tendenziöse verbreitete Auslegungen  
des Telegramms des Kardinalstaatssekretärs an  
Montignone Rocelli zu verhindern dem Bayerischen  
Kurier folgendes mit: 1. Der Papstbrief an  
Kardinal Rocelli wird von dem Telegramm ab-  
solut nicht berührt und bleibt in seinem gan-  
zen Umfang bestehen. (Schon als Dokument  
von viel weittragenderer Bedeutung als Brief des  
Papstes selbst im Gegensatz zu einem einfachen  
„ministeriellen“ Schriftstück); 2. das Telegramm  
an Montignone Rocelli enthält nur und ausschließ-  
lich eine Kritik an den blutigen Sabotageakten,  
durch die Menschenleben gefährdet werden und der-  
loren gehen; 3. das Telegramm hat seinen Ursprung  
darin, daß man an entsprechender Stelle so weit in  
der Verlesung gegangen ist, den Papst wegen  
seines Briefes für das Attentat auf der Reichs-  
Duisburger Linie verantwortlich zu machen.

## Eine Note der belgischen Regierung.

Der päpstliche Schritt in Brüssel.

Brüssel, 9. Juli. Wie die Agence Belge von Be-  
sonderer Seite erfährt, erfolgte heute der vom Ober-  
vatore Romano gestern angeforderte Schritt des  
päpstlichen Nuntius bei der belgischen Re-  
gierung. Der Heilige Vater habe durch seinen  
Vertreter in Brüssel der belgischen Regierung mit-  
teilen lassen, daß es sehr wohl vertretbar sei, daß die bel-  
gischen Behörden alle für die Sicherheit des  
Truppen notwendigen Maßnahmen ergreifen,  
er habe jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben,  
daß es der belgischen Regierung leicht möglich sein  
würde, einen Beweis der Milde gegenüber  
der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu  
geben.

Brüssel, 10. Juli. Der Ministerrat trat  
nachmittags zusammen. Der Minister des Aus-  
wärtigen hat im Verlaufe des Abends folgende  
Note veröffentlicht:

Bei Gelegenheit des letzten schmerzlichen Atten-  
tats von Hochfeld (Duisburg), das mehreren  
Soldaten das Leben kostete, haben die Kabinete  
von Brüssel und Paris verlangt, daß die deut-  
sche Regierung die verbrecherischen Gewalt-  
akte im besetzten Gebiet verleugne. Die Bel-  
gische Regierung hat unterstrichen, daß sie die Tat-  
sachen nicht kenne und hat verweigert, die  
Attentate als spontanes Ergebnis der Er-  
regung der Bevölkerung des besetzten  
Gebietes hinzustellen. Sie hat gleichfalls ver-  
sichert, daß sie ihre ganzen Bemühungen und Möglich-  
keiten ausüben würde, um den aktiver Wi-  
derstand zu verhindern. Es geht aus  
einem offiziellen deutschen Kommuniqué  
hervor, daß infolge einer Demarche des  
Nuntius in Berlin der Reichstangler  
jede verbrecherische Anwendung von  
Gewalt beurteilt. Schließlich haben die  
Verteiler der politischen Verwaltung im besetzten  
Gebiet durch Anschlag an die Bevölkerung aufge-  
fordert, sich jedes Gewaltaktes zu enthalten.  
(Die belgische Regierung scheint also von dem bis-  
herigen Ergebnis des belgisch-französischen Schrit-  
tes in Berlin zufrieden gestellt zu sein.)

## Baden, Rhein und Ruhr.

Belegungen. Bestätigung des Milliardenraubs.

Karlsruhe, 10. Juli. Am Dienstag früh 5 Uhr  
ist ein Holzlager der Stadt Karlsruhe südlich  
der Rheinstraße beim Elektrizitätswerk (in nächster  
Nähe des Karlsruher Rheinbafens) von den Fran-  
zosen besetzt worden. Ferner haben die Franzosen  
die Zellulosefabrik Maxau besetzt. Die  
Arbeitererschaft hat erklärt, in den Streik zu treten,  
wenn die Besetzung aufrecht erhalten bleibt. — Die  
bei Maxau erfolgte Beschlagnahme eines  
größeren Milliardenbetrags wird von  
französischen Zeitungen bestätigt, daß  
es sich um eine Summe von 17 Milliarden  
handelt.

## Verhaftungen in der Duisburger Explosionsaffäre.

Eisen, 11. Juli. Die Verhaftungen wegen  
der Duisburger Explosion Verdächtigen  
ist darauf zurückzuführen, daß die Belgier, die bis-  
her eine deutsche Mitwirkung bei den Ermittlungen  
abgelehnt haben, seit gestern mit der deutschen  
Polizei zusammenarbeiten.

Advertisement for 'Gärten' (gardens) and 'Kammerer' (chamberlain) with contact information for Karlsruhe.

Advertisement for 'Schulcamp' (school camp) for the year 1923, including details about location and dates.











